

**Dezernat 9/983 LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum
Sachstand des Projektes „Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR seit 1945“**

I. Ausgangssituation

Die Landschaftsversammlung hat in ihrer 17. Sitzung am 27.03.2009 den Antrag 12/390 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD vom 25.02.2009 angenommen und die Verwaltung beauftragt, „die Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR aufzuarbeiten und zu dokumentieren“. Aus Mitteln der Regionalen Kulturförderung wurden insgesamt 221.600,00 € in den Jahren 2010 und 2011 bereitgestellt, um ein auf zwei Jahre befristetes Projekt durchzuführen.

II. Sachstand

Das LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum (LVR-AFZ) als federführende Dienststelle und fachliche Begleitungsinstanz schloss am 14./25.01.2011 mit der Universität Düsseldorf einen „Forschungs- und Entwicklungsvertrag“ für die Dauer des Projektes ab. Der Vertrag sieht u.a. regelmäßige Treffen zwischen der federführenden Dienststelle und den Projektbeteiligten zur Reflektion des Projekt-Status vor und am Ende eine Publikation der Studie in der wissenschaftlichen Reihe „Rheinprovinz“ des AFZ sowie im Internet.

Projektleiter ist Dr. Thorsten Noack vom Institut der Geschichte der Medizin der Universität Düsseldorf, Projektausführende sind drei Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Seit dem 01.02.2011 wird das Projekt unter Federführung des Archivs des Landschaftsverbandes Rheinland (ALVR) beim LVR-AFZ betrieben.

III. Weitere Vorgehensweise

Zur Begleitung des Projektes sowie fachlichen Absicherung fand ein erstes Abstimmungsgespräch mit den Projektmitgliedern sowie Vertretern und Vertreterinnen der in die Studie inhaltlich einzubeziehenden LVR-Dezernate 4, 7, 8, und 9 statt. In Zukunft wird auch Dez. 5 dazu eingeladen werden. Ziel war es u.a., die fachlich-methodischen Forschungsansätze vorzustellen, die inhaltlichen Schwerpunkte zu diskutieren und einen zeitlichen Ablaufrahmen abzustecken.

Es soll in der Studie um eine Rekonstruktion von Alltags- und Lebenswelten der Betroffenen, den institutionellen Rahmen, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, Stichpunkte wie Rehabilitation/Integration, Klinifizierung und Medikalisierung gehen. In diesem Kontext werden auch die Ergebnisse der LVR-Heimkinderstudie und die Schnittstellen von Psychiatrie/Jugendhilfe mit einbezogen werden. Die Studie wird keine Geschichte einzel-

ner Institutionen liefern, sondern eine Sozial- und Kulturgeschichte der Kliniken und Förderschulen des LVR mit typischen Beispielen und unter Einbeziehung der Interviews von „Ehemaligen“. Alle an dem Gespräch teilnehmenden Personen unterstützten diese Zielrichtung und boten ihre Mithilfe an. Vorgesehen sind in zeitlichen Abständen weitere derartige Treffen mit Gelegenheit der Übermittlung des jeweils aktuellen Projektstandes, Diskussion der Teilergebnisse u.Ä.

Die beauftragten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen schlagen folgende Grobgliederung der Studie vor, die sich, abhängig vom Diskussionsstand mit den beteiligten Dezernaten, noch weiter differenzieren kann:

A. Psychiatrische Kliniken

1. Institutionell-politische Rahmenbedingungen

- Die Kliniken im Nationalsozialismus (v. a. Senkung der Pflegestandards und Krankenmorde)
- Nachkriegszeit (1945-1950): Kriegsschäden und Fremdnutzung, Entnazifizierung, Wiedereinstellung und „Euthanasie“-Prozesse
- Reformimpulse in den Anstalten: Ausdifferenzierung, Ausbau und Reorganisation, Klinikneugründungen (Essen, Köln-Merheim, Mönchengladbach, Brauweiler)

2. Das therapeutische Feld

- Pflege
- Sozialarbeit (z. B. psychiatrische Außenfürsorge)
- Somatische Therapien: Schockverfahren (Elektrokrampf und Cardiazolschock), Psychochirurgie, Psychopharmaka (Neuroleptika, Antidepressiva)
- Psychotherapie (z. B. Psychoanalyse und Daseinsanalyse)
- Arbeits- und Beschäftigungstherapie

3. Alltagswelten

- Soziale Zusammensetzung der Patienten und Patientinnen, Entwicklung der Patientenzahlen (z. B. Anstieg bis zum Aufnahmestopp 1965, Überfüllung)
- Bedingungen der Aufnahme und Entlassung (z. B. Zwangseinweisungen), Verwahrung (v. a. von chronisch kranken und geistig behinderten Menschen)
- Infantilisierung durch Disziplinierung, Gewalt und Zwang, Entzug der Privatsphäre (z. B. Regulierung der Besuchszeiten, Briefzensur, Anstaltskleidung, Massenschlafsäle, Ausgang, Verteilung von Zigaretten/Taschengeld, Sexualität)
- Entwicklung und Stellenwert von beruflicher und sozialer Integration

4. Psychiatrie und Öffentlichkeit

- Bundesweite Kritik am Anstaltswesen und Psychiatrieenquête: Konstituierung der Enquête in Köln unter Caspar Kulenkampff, Bilanz und Zustandsbeschreibung der Rheinischen Kliniken
- Lokale Berichterstattung und Anstaltsskandale: Die Anstalten Brauweiler und Düren, SSK und Beschwerdezentrum Köln, Gerichtsprozesse

B. Förderschulen

1. Institutionell-politische Rahmenbedingungen

- Einblick: Die Förderschulen im Nationalsozialismus: die Einrichtungen und ihre Infrastruktur, Insassen und Insassinnen und professionelles Personal
- Nachkriegszeit (1945–1953): Kriegsschäden und Fremdnutzung der Schulen, Zahl und Befinden der SchülerInnen (Zwangssterilisation, Hunger), Neu- und Wieder-

aufnahme von Schüler und Schülerinnen, Entnazifizierung, Wiedereinstellung des Personals

- Trägerschaft-Übernahme und Konsolidierung (1953–1960)
- Die LVR-Schulen zwischen KMK-Gutachten zur „Ordnung des Sonderschulwesens“ und integrativer Beschulung (1960–1981):
Differenzierung der Abgrenzungen, Reformimpulse (Elterninitiativen, Bildungsratsgutachten „Begabung und Lernen“),
„Schule ohne Aussonderung“ (1981): auf dem Weg zu Modellschulen

2. Pädagogik und Betreuung

- Pädagoginnen und Pädagogen, Hilfslehrerkräfte und Assistentinnen und Assistenten (Geschlechterspezifisch, Wandel des Berufsbildes)
- pädagogische Ausbildung der Lehrkräfte an Schulen des LVR
- Entwicklung der (technischen) therapeutischen Hilfsmittel und Unterrichtsmethodiken/Didaktiken in ihrer Bedingtheit (einkanalige Cochlea-Implantate und Musiktherapie, Prothetik und Sport, Gestalttherapie)
- „seelsorgerische Betreuung“
- Medizinische Betreuung und Einsatz von Medizintechnik
- Die Förderschulen in ihrem lebenslangen Fürsorgeauftrag
- Schul- und Klassenpflegschaften als Monitoring-Instanzen
- Elterninitiativen und Fördervereine

3. Alltagswelten

- Soziale Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler, Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahl, körperbehinderte Kinder und Jugendliche in den neu gegründeten/übernommenen LVR-Schulen Schwerpunkt Körperbehinderung, Schülerinnen und Schüler an LVR-Schulen für Kranke (Kinder und Jugendpsychiatrie), mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche
- Internate: Privatsphäre und Selbstbestimmtheit (Taschengeld, Briefkontakt etc., Disziplinierung)
- Berufsausbildung (Schülerinnen und Schüler als Lehrlinge, kooperierende Betriebe, Berufschancen und Verdienstmöglichkeiten)
- Soziale Ungleichheit (Kinder aus Migranten-Familien, ökonomische Ungleichheit, geschlechterspezifische Förderung mit Blick auf mögliche berufliche Qualifikation)
- Religion und Religiosität
- Sexualität und Adoleszenz
- Schulkarrieren: Förderschulen und Heilpädagogische Heime

4. Schule und Öffentlichkeit

- Schulaufsicht und Schulaufsichtsbeschwerden
- Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Feste, Besuche)
- Einfluss von Lehrerverbänden auf Reform-Impulse
- Wahrnehmung von Behinderung in der Stadt, Reaktionen auf integrative Beschulung (Ausblick)

C.

Zudem wird der LVR durch einen unabhängigen Historiker oder eine unabhängige Historikerin die Rolle des ehemaligen Landesdirektors Dr. h.c. Udo Klausen untersuchen lassen, der von 1954 bis 1975 den Verband leitete. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Fragen, inwieweit seine Funktion im NS-Regime mit einem entsprechend geprägten Menschenbild Auswirkungen auf seine Tätigkeit als Verwaltungschef in der Verantwortung für Menschen mit Behinderungen hatte oder im Widerspruch dazu stand.

Angesichts der großen Zahl zu berücksichtigender Einrichtungen und des Rahmens von zwei Jahren werden zeitliche Beschränkungen und inhaltliche Gewichtungen vorzunehmen sein. Besondere Teilbereiche, die eigene, z. T. komplexe Entwicklungen genommen haben - wie Forensik und Sucht, aber auch die Unterbringung von chronisch

psychisch Kranken und geistig behinderten Menschen – bedürfen einer breiteren Analyse und Darstellung, als sie in zwei Jahren geleistet werden können.

Für den psychiatrischen Bereich kann der Transformationsprozess vom kustodialen Anstaltssystem hin zum patientenorientierten, gemeindenahen Versorgungsensemble nur durch eine Verlängerung des Untersuchungszeitraumes von den 1980er Jahren bis weit in die 1990er ausreichend rekonstruiert werden, da die materielle Umsetzung der Psychiatrieenquête auf Länderebene zeitlich erst nach den Empfehlungen der bundesdeutschen Expertenkommission von 1988 erfolgte (in NRW z. B. Deinstitutionalisierung der Heilpädagogischen Heime, Enthospitalisierung nach der sogenannten Auffangkonzeption 1993). Eine entsprechende Ausweitung des Untersuchungszeitraums würde allerdings eine etwa einjährige Verlängerung des Projektes implizieren. Gleichwohl wäre dies ein weiteres, deutlich sichtbares Zeichen für ein aktives und sichtbares Bemühen des LVR, seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden.

IV. Vorschlag der Verwaltung

Die politische Vertretung wird gebeten, den Sachverhalt gemäß Vorlage Nr. 13/1292 zur Kenntnis zu nehmen

In Vertretung

K a r a b a i c